Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht.	IX
Einleitung	1
A. Die im Grundsatz unproblematischen Voraussetzungen des mittelbaren Besitzes	3
I. Besitz des Besitzmittlers	3
II. Rechtsverhältnis zwischen mittelbarem und unmittelbarem Besitzer	3
B. Der „Besitzmittlungswille“ als zusätzliche Voraussetzung des mittelbaren Besitzes gemäß § 868 BGB	5
I. Unmöglichkeit einer eindeutigen Ableitung des Erfordernisses eines „Besitzmittlungswillens“ aus dem Wortlaut	5
II. Praktische Bedeutung des „Besitzmittlungswillens“.	5
1. Der „Besitzmittlungswille“ bei Entstehung mittelbaren Besitzes	6
2. Der „Besitzmittlungswille“ beim Fortbestand mittelbaren Besitzes	7
a. Unterscheidung von zwei Fallkonstellationen	7
b. Erste Bedenken gegen die Beachtlichkeit des „Besitzmittlungswillens“.	8
III. Geeignetheit des „Besitzmittlungswillens“ zur Vermeidung eines Nebenbesitzes	10
1. Grundkonstellation des gleichstufigen mittelbaren Nebenbesitzes.	10
2. Unzulässigkeit des Nebenbesitzes	10
3. Die Vermeidung eines Nebenbesitzes mit Hilfe der Voraussetzung eines „Besitzmittlungswillens“	12
a. Nebenbesitz bei mehreren nacheinander abgeschlossenen Besitzmittlungsverhältnissen.	12
aa. Darstellung dieser Fallgruppe.	12

bb. Die erstmalige Betonung des „Besitzmittlungs- willens“ durch das Reichsgericht im Zusammenhang mit der Vermeidung eines Nebenbesitzes	13
(1) Sachverhalt der „Zucker-Fälle“	13
(2) Die Problematik des Nebenbesitzes in diesen Fällen	14
(3) Die Erwägungen des Reichsgerichts zu Nebenbesitz und „Besitzmittlungswillen“	14
(4) Zwischenergebnis.	15
b. Nebenbesitz, wenn kraft Gesetzes neben einem schuldrechtlich begründeten Besitzmittlungsverhältnis ein weiteres Besitzmittlungsverhältnis mit einem Dritten zustande kommt.	15
4. Zusammenfassung und Gang der weiteren Untersuchung. .	17

1. Kapitel: Der „Besitzmittlungswille“ nach dem Verständnis der herrschenden Ansicht zum BGB

19

A. „Besitzmittlungswille“ und Beherrschungswille

19

B. Die Anforderungen an die Aufgabe oder die Änderung des „Besitzmittlungswillens“ im Zusammenhang mit der Beendigung des mittelbaren Besitzes

21

I. Die wesentlichen Fragestellungen

21

II. Die Antworten der herrschenden Ansicht und denkbare Alternativen

21

1. Inhaltliche Anforderungen an die Aufgabe oder Änderung des „Besitzmittlungswillens“

21

a. Besteht eine Bindung an das fortbestehende Rechts- verhältnis?

21

aa. Die Konzeption der herrschenden Ansicht.

22

bb. Die denkbare Alternativkonzeption

24

b. Muss sich der „Besitzmittlungswille“ durchgehend auf eine konkrete Person beziehen?

24

aa. Bedeutung dieser Frage für die Entstehung mittel- baren Besitzes

25

bb. Bedeutung dieser Frage für die Beendigung mittel- baren Besitzes

25

2. Formelle Anforderungen an die Änderung beziehungsweise Aufgabe des „Besitzmittlungswillens“

28

a. Die Erkennbarkeit der Willensänderung oder Willens- aufgabe	28
b. Besondere weitere Anforderungen an die Willens- änderung oder an die Aufgabe des Fremdbesitzerwillens.	30
aa. Unvereinbarkeit weiterer Anforderungen mit der Grundkonzeption der herrschenden Ansicht	30
bb. Der Ansatz von <i>Ernst</i> und <i>Knütel</i>	31
3. Zusammenfassung	35
C. Abgrenzung zwischen der Abschwächung des Erfordernisses eines wirksamen Rechtsverhältnisses und dem Erfordernis eines „Besitzmittlungswillens“	36
I. Abschwächungen des Erfordernisses eines wirksamen Rechts- verhältnisses	36
II. Das Erfordernis eines „Besitzmittlungswillens“ als eigen- ständige Voraussetzung mittelbaren Besitzes	40
1. „Putativrechtsverhältnis“ und „Besitzmittlungswille“	40
2. Ein Verhalten, das auf ein wirksames Rechtsverhältnis hindeutet, und ein „Besitzmittlungswille“	42
a. Unterschiede hinsichtlich der Verfestigung des rechts- untreuen Verhaltens	42
b. Der Ansatz von <i>Ernst</i> und <i>Knütel</i>	43
c. Zwischenergebnis	44
3. Ergebnis	44
III. Zusammenfassung und Gang der weiteren Untersuchung	44
 2. Kapitel: Begründungen für das Erfordernis eines „Besitzmittlungswillens“ oder für ein vergleichbares subjektives Erfordernis mittelbaren Besitzes	47
A. Darstellung der gängigen Begründungen	47
B. Auseinandersetzung mit diesen Begründungen	49
I. Das Wortlautargument: Subjektive Fassung des § 868 BGB?	49
1. Analyse des Wortlauts	50
2. Entstehung des Wortlauts von § 868 BGB: Gesetzgebungsgeschichte	52
3. Ergebnis	54

II. Das Argument, die Voraussetzung eines „Besitzmittlungs- willens“ verhindere, dass es in den Fällen des § 868 BGB zwei Eigenbesitzer gebe	54
III. Der angeblich tatsächliche Charakter des mittelbaren Besitzes; insbesondere: das angebliche Wesen des mittelbaren Besitzes als tatsächliche Sachherrschaft	56
1. Begriffsklärung: Tatsächliche Sachherrschaft und tatsäch- liche Gewalt über die Sache	57
2. Auseinandersetzung mit Behauptung 1: Beruht auch der mittelbare Besitz auf tatsächlicher Sachherrschaft?	59
a. Tatsächliche Sachherrschaft als Wesensmerkmal des Besitzes in den §§ 854, 855 BGB	59
b. Tatsächliche Sachherrschaft als Wesensmerkmal des Besitzes auch in § 868 BGB?	60
aa. Die Gleichbenennung als Grundlage für die Annahme der herrschenden Ansicht	60
(1) Exkurs: Die Gefahr einer unzutreffenden Argu- mentation bei gleichbenannten Begriffen	61
(a) Die Unterscheidung zwischen homonymen und synonymen Sachverhalten bei Aristoteles	61
(b) Die Existenz von Gleichbenennungen ohne gemeinsame Wesensmerkmale	62
(2) Zwischenergebnis.	62
bb. Die Notwendigkeit, die dem § 868 BGB zugrunde liegende Konzeption herauszuarbeiten	63
3. Auseinandersetzung mit Behauptung 2: Der „Besitz- mittlungswille“ sichert eine Sachherrschaft des mittelbaren Besitzers.	64
a. Konstruktionen einer durch den „Besitzmittlungswillen“ gewährleisteten Sachherrschaft	65
b. Auseinandersetzung	65
aa. Stellvertretende Ausübung der Sachherrschaft durch den unmittelbaren Besitzer	65
bb. Teilweise Abzweigung der Sachherrschaft durch den unmittelbaren Besitzer	66
c. Gewährleistung der tatsächlichen Sachherrschaft durch den „Besitzmittlungswillen“	67
d. Zwischenergebnis	68
C. Ergebnis und Gang der weiteren Untersuchung.	68

3. Kapitel: Die gesetzgeberischen Gründe für die Einführung des mittelbaren Besitzes	69
A. Gemeines Recht.	70
I. Die Behandlung der heutigen mittelbaren Besitzer und der heutigen Besitzmittler im Gemeinen Recht	70
1. Die Unterscheidung zwischen Besitz und Detention.	70
a. Die heutigen Besitzmittler als Detentoren	70
aa. Beispiele für Detentoren in den Quellen des klassischen römischen Rechts	70
bb. Unterschiedliche Bezeichnungen für die bloße Inhabung und den juristischen Besitz in den Quellen.	72
cc. Die Begründung der herrschenden Ansicht im Gemeinen Recht für den fehlenden Besitz der Detentoren.	74
b. Die heutigen mittelbaren Besitzer als alleinige Besitzer im Gemeinen Recht	75
2. Die sogenannte Stellvertretung im Besitz nach Gemeinem Recht.	75
II. Die Gründe für den Besitz der im Besitz „Vertretenen“ und ihr Zusammenhang mit der Erheblichkeit eines „Besitzmittlungswillens“	77
1. Tatsächliche Sachherrschaft des im Besitz „Vertretenen“ aufgrund eines Vertretungswillens	78
a. Sachherrschaft trotz fehlender unmittelbarer Sachgewalt.	78
b. Gewährleistung der Sachherrschaft durch einen <i>animus alieno nomine possidendi</i> des „Vertreterers“ im Besitz.	78
c. Das Gegenmodell: Besitzstellung des „Vertretenen“ kraft der Rechtsordnung	79
d. Plausibilität des Ansatzes, von einer tatsächlichen Sachherrschaft des im Besitz „Vertretenen“ auszugehen	81
aa. Die typische Willensrichtung der gemeinrechtlichen „Stellvertreter“ im Besitz im klassischen römischen Recht	83
(1) Gewaltunterworfenen im Sinne des klassischen römischen Rechts.	83
(2) Freie „Stellvertreter“ am Beispiel von Mietern und Pächtern	84
bb. Die typische Willensrichtung der „Stellvertreter“ im Besitz im Gemeinen Recht.	86
e. Zusammenfassung.	87

2. Die Lehre vom Erfordernis eines <i>animus domini</i> als Grundlage für die Maßgeblichkeit eines „Besitzmittlungswillens“	88
a. Der <i>animus alieno nomine possidendi</i> als Voraussetzung des Besitzes des im Besitz „Vertretenen“ nach der <i>animus-domini</i> -Lehre.	88
aa. Der <i>animus alieno nomine possidendi</i> als ein den <i>animus domini</i> ausschließender Wille	88
bb. Zusammenhang zwischen <i>animus domini</i> des Inhabers der Sachgewalt und Besitzverlust des im Besitz „Vertretenen“	89
cc. Die Abhängigkeit des Besitzes des im Besitz „Vertretenen“ von der Willkür des Besitz-„Stellvertreters“	90
b. Grundsätzliche Kritik an der <i>animus-domini</i> -Lehre	91
c. Zusammenfassung.	92
3. Einschränkungen der Möglichkeit des Detentors, einseitig die Besitzverhältnisse zu ändern, nach der Lehre vom <i>animus domini</i>	92
a. Die Rechtsregel <i>nemo sibi causam possessionis mutare potest</i> und die einseitige Umwandlung von Detention in Besitz	92
aa. Die Regel im Zusammenhang mit der Umwandlung von Detention in Besitz im klassischen römischen Recht	94
bb. Anwendungsbereich der Regel im Gemeinen Recht.	98
b. Die einzelnen Beschränkungen der Möglichkeit des Detentors, einseitig die Besitzverhältnisse zu ändern	99
aa. Die Änderung der Besitzverhältnisse durch Willensänderung des Detentors bei unbeweglichen Sachen.	100
bb. Die Änderung der Besitzverhältnisse durch Willensänderung des Detentors bei beweglichen Sachen	100
III. Das rechtsfolgenorientierte Verständnis vom Besitz bei den Juristen im Gemeinen Recht	103
1. Die Abweichung der Juristen von den tatsächlichen Gegebenheiten	103
2. Die Differenzierung nach zwei Gruppen von Besitzfolgen im Gemeinen Recht	105
a. Die Unterscheidung zwischen <i>possessio</i> und <i>possessio civilis</i>	105
b. Die beiden Gruppen von Besitzfolgen im Hinblick auf Sachgewalt und Sachherrschaft einerseits und Eigenbesitz andererseits.	105

aa. Besitz als Grundlage des Erwerbs, der Übertragung und Bestellung von Sachenrechten	106
bb. Besitz als Grundlage des Interdiktschutzes	106
3. Die Abweichung von den Herrschaftsverhältnissen und die Modifikation des Verkehrsbesitzes je nach den Besitzfolgen am Beispiel des Pfandbesitzes	107
a. Die besitzrechtliche Stellung von Pfandgläubiger und Verpfänder in den Quellen	107
b. Dogmatische Begründung des geteilten Pfandbesitzes im Gemeinen Recht	111
IV. Zusammenfassung zum Gemeinen Recht	113
V. Erster Vergleich mit der heutigen Rechtslage	114
B. Die Besitzlehre des Ersten Entwurfs eines BGB	116
I. Die Behandlung der heutigen mittelbaren Besitzer und der heutigen Besitzmittler nach dem <i>E I</i>	117
1. Kein Besitz der heutigen Besitzmittler aufgrund des Besitzerfordernisses eines Eigenbesitzwillens.	117
2. Grundsätzliche Anknüpfung des Besitzschutzes an die Inhabung	118
a. Besitzschutz des Inhabers	118
b. Der Besitzschutz des Eigenbesitzers	118
aa. Untauglichkeit der Modelle für die Konstruktion einer eigenen tatsächlichen Sachherrschaft des Eigen- besitzers	119
bb. Besitzschutz aufgrund eines als schutzwürdig anerkannten Interesses des Besitzers	120
II. „Stellvertretung“ im Besitz	120
1. Die Bedeutung des Stellvertreterwillens	120
2. Stellvertreterwille und tatsächliche Sachherrschaft.	121
III. Die Wirkung der Willensänderung des „Stellvertreters“ nach dem <i>E I</i>	121
1. Erforderlichkeit einer Erklärung gegenüber dem Besitzer infolge der Schutzwürdigkeit des Besitzers	121
2. Erfordernis der Erklärung gegenüber dem Besitzer in konstruktiver Hinsicht.	122
3. Interessenkollision bei Abschluss eines <i>constitutum</i> <i>possessorium</i> zwischen dem Inhaber und einem bisher unbeteiligten Dritten.	123
IV. Die Zweiteilung der Besitzfolgen nach dem <i>E I</i>	124

1. Schutz der tatsächlichen Sachherrschaft und Eigenbesitz- folgen	124
2. Kritik an der Ausgestaltung der Zweiteilung der Besitz- folgen durch den <i>E I</i>	125
a. Die Kritik von <i>Reatz</i>	125
b. Die Kritik von <i>Strohal</i>	126
V. Vergleich mit der heutigen Rechtslage	126
C. Die Entwicklung vom <i>E I</i> bis zur Wortfassung des BGB	129
I. Konstruktive Notwendigkeit eines „Besitzmittlungswillens“	129
1. Erfordernis des Eigenbesitzwillens	129
2. Der Rechtssatz <i>plures eandem rem in solidum possidere non possunt</i>	130
3. Die Konstruktion einer „Stellvertretung“ im Besitz	130
a. Unvereinbarkeit mit der Anerkennung eines Fremd- besitzes und der Zulassung eines Doppelbesitzes	130
b. Bestätigung durch die Gesetzesmaterialien.	131
aa. Vorkommission des Reichsjustizamtes	132
bb. 2. Kommission	133
c. Abgrenzung zu § 855 BGB	134
4. Ergebnis	135
II. Ableitung des „Besitzmittlungswillens“ aus den gesetz- geberischen Gründen für die Einführung des mittelbaren Besitzes	135
1. Getrennte Betrachtung von Besitzschutz einerseits und Eigenbesitzfolgen andererseits	135
a. Der Ansatz von <i>Ernst</i> : Das BGB enthält zwei verschiedene Besitztatbestände	136
b. Notwendigkeit der Differenzierung angesichts der Art der Behandlung des mittelbaren Besitzes durch die 2. Kommission.	137
2. Die Gründe für einen Besitzschutz der sogenannten mittelbaren Besitzer	137
a. Die Entscheidung zugunsten eines Besitzschutzes der mittelbaren Besitzer	137
aa. Hintergrund: Besitzschutz der <i>unmittelbaren</i> Besitzer aufgrund eigener tatsächlicher Sach- herrschaft	137
bb. Die Entscheidung zugunsten eines Besitzschutzes auch der mittelbaren Besitzer	138

b. Denkbare Motivationen für die Gewährung eines Besitzschutzes an mittelbare Besitzer	138
c. Die Motivationen innerhalb der 2. Kommission	139
aa. Schutz eigener, partiell ausgeübter tatsächlicher Gewalt	139
bb. Schutz eigener Sachherrschaft oder Interesse an der Erhaltung einer fremden Sachherrschaft	139
(1) Der Versuch, eine eigene tatsächliche Sachherr- schaft des mittelbaren Besitzers festzustellen	140
(2) Besitzschutz aufgrund eines schutzwürdigen Interesses an der Aufrechterhaltung fremder Sachherrschaft	141
cc. Zusammenfassung	142
d. Diskussion über die Bestimmung der als „mittelbare Besitzer“ zu bezeichnenden Personen.	142
e. Ausgestaltung des Besitzschutzes	143
f. Zusammenfassung zu den Gründen des Besitzschutzes.	143
3. Rechtsfolgenorientiertes Verständnis von mittelbarem Besitz auch bei den Eigenbesitzfolgen	144
a. Eigenbesitzfolgen als vom Besitzschutz zu trennende Rechtsfolgen des Besitzes.	145
b. Die Bedeutung des mittelbaren Besitzes im Rahmen dieser Normen.	145
c. Mittelbarer Besitz und Eigenbesitzfolgen in den Gesetzesmaterialien.	146
d. Zwischenergebnis zu den Eigenbesitzfolgen	148
4. Vereinheitlichung der Besitzfolgen und Einführung einer allgemeinen Vorschrift über den mittelbaren Besitz auf Veranlassung der Redaktionskommission	148
5. Mittelbarer Eigenbesitz und tatsächliche Sachbeziehung.	150
a. Unvereinbarkeit der These <i>Ernsts</i> mit der Gesetz- gebungsgeschichte.	151
b. Zusammenhang mit <i>Ernsts</i> Grundthesen zum Besitzrecht aa. Sachherrschaftsverhältnisse bei Weggabe der Sache und gleichzeitiger Begründung mittelbaren Eigenbesitzes	152
bb. Allgemeine Voraussetzungen der Beendigung von Eigenbesitz	153
c. Ergebnis zum Ansatz von <i>Ernst</i>	155
6. Zusammenfassung	156
D. Zusammenfassung der historischen Betrachtung	157

4. Kapitel: Die Unvereinbarkeit des Erfordernisses eines „Besitzmittlungswillens“ mit Vorschriften, die an den mittelbaren Besitz Rechtsfolgen knüpfen	159
A. Die Entscheidung gegen die Maßgeblichkeit eines „Besitzmittlungswillens“ als Voraussetzung mittelbaren Besitzes im Recht der Übereignung.	159
I. Der Begriff des <i>constitutum possessorium</i>	161
1. Gemeines Recht.	161
2. BGB	164
II. Vier Entscheidungen des BGB, aufgrund derer ein „Besitzmittlungswille“ nicht selbständige Besitzvoraussetzung sein kann	165
1. Entscheidung 1: Das BGB geht vom Traditionsprinzip aus	165
2. Entscheidung 2: Das <i>constitutum possessorium</i> als Ersatz für die körperliche Übergabe	166
a. Ursprünge dieser Entscheidung im Gemeinen Recht	166
b. BGB.	166
aa. Erweiterter Traditionsbegriff durch Anerkennung des <i>constitutum possessorium</i> als Übergabersatz	166
bb. Konstruktion einer Besitzverschaffung durch <i>constitutum possessorium</i>	167
3. Entscheidung 3: Entscheidung für das Erfordernis eines konkreten <i>constitutum possessorium</i> im Rahmen des Übereignungsrechts	167
a. Ursprünge dieser Entscheidung im Gemeinen Recht	168
aa. Logische Herleitung des abstrakten <i>constitutum possessorium</i> aus der allgemeinen Besitzlehre	168
bb. Legislatorischer Widerspruch bei Anerkennung eines abstrakten <i>constitutum possessorium</i>	169
cc. Die Zwecke des Traditionsprinzips nach Gemeinem Recht	170
dd. Vereinbarkeit dieser Zwecke mit einer Anerkennung des abstrakten <i>constitutum possessorium</i> als Übergabersatz	170
b. BGB.	172
4. Entscheidung 4: Gleichbehandlung der Besitzverhältnisse im allgemeinen Besitzrecht und im Recht der Übereignung	174

a. Ansätze einer solchen Entscheidung im Gemeinen Recht.	175
aa. Verzicht auf Prämisse 3: Anerkennung des abstrakten <i>constitutum possessorium</i> auch bei der Übereignung .	176
bb. Festhalten an Prämisse 3	177
(1) Verzicht auf Prämisse 2	177
(2) Verzicht auf Prämisse 1: Umgestaltung der Besitzlehre.	178
b. BGB.	179
III. Zusammenfassung und Schlussfolgerung	181
B. Weitere systematische Bedenken gegen den „Besitzmittlungs- willen“ als selbständige Voraussetzung mittelbaren Besitzes	181
I. Wertungswiderspruch im Ersitzungsrecht bei Anerkennung eines „Besitzmittlungswillens“ als Voraussetzung mittelbaren Besitzes	182
1. Die Unterbrechung der Ersitzung nach § 940 I BGB	182
2. Der Schutz des Ersitzenden nach § 940 II BGB bei Wieder- erlangung des Eigenbesitzes binnen Jahresfrist	182
a. Versuche in der Literatur, Schutzmöglichkeiten aufzuzeigen	183
b. Bewertung der vorgeschlagenen Behelfe	184
c. Schlussfolgerungen	185
II. Bedenken gegen die Relevanz eines „Besitzmittlungswillens“ aufgrund der Regelungen des § 869 BGB und des § 871 BGB . .	186
1. § 869 Satz 2 BGB	187
2. § 871 BGB	187
III. Zusammenfassung	188
 5. Kapitel: Die Lösung der Fälle eines möglichen Nebenbesitzes ohne Zugrundelegung eines „Besitzmittlungswillens“	189
A. Die Problematik des Nebenbesitzes als Ausgangspunkt für eine weitere Präzisierung der Voraussetzungen mittelbaren Besitzes. . .	190
B. Vermeidung eines Nebenbesitzes durch Präzisierung der beiden feststehenden Voraussetzungen mittelbaren Besitzes	190
I. Änderungen im Hinblick auf den Besitz des Besitzmittlers. . .	191
II. Änderungen im Hinblick auf das Besitzmittlungsverhältnis . .	191

1. Der typische „Besitzmittlungswille“ als Präzisierungsmerkmal der Voraussetzung eines Besitzmittlungsverhältnisses	192
a. Die Maßgeblichkeit des typischen „Besitzmittlungswillens“	192
b. Der typische „Besitzmittlungswille“ in den Erörterungen der 2. Kommission	193
2. Mittelbarer Besitz bei zwei nacheinander durch Rechtsgeschäft begründeten Besitzmittlungsverhältnissen	197
a. Die verschiedenen Lösungsansätze	197
b. Konsequenzen der drei Lösungsmöglichkeiten im Recht der Übereignung.	199
aa. Der erste „Fräsmaschinenfall“ – BGHZ 50, 45	200
(1) Sachverhalt	200
(2) Auswirkungen der Besitzfrage auf die Möglichkeit gutgläubigen Erwerbs durch P 2.	200
(3) Auswirkungen der Besitzfrage auf die Möglichkeit gutgläubigen Erwerbs durch B.	202
(4) Auftreten eines Wertungswiderspruchs zwischen § 934, 1. Alt. BGB und § 933 BGB	202
(5) Lösungsansätze zur Vermeidung des Wertungswiderspruchs zwischen § 934, 1. Alt. BGB und § 933 BGB.	203
(a) Erster Weg: Vermeidung des Wertungswiderspruchs aufgrund besonderer besitzrechtlicher Annahmen (besitzrechtliche Lösung)	203
(aa) Der Ansatz der besitzrechtlichen Lösung	203
(bb) Begründungsbedarf der besitzrechtlichen Lösung.	204
(cc) Verbleibender Anwendungsbereich des § 934, 1. Alt. BGB unter Zugrundelegung der besitzrechtlichen Lösung	204
(dd) Zusammenfassung zur besitzrechtlichen Lösung	205
(b) Zweiter Weg: Einschränkende Auslegung des § 934, 1. Alt. BGB	205
(aa) Erster Ansatz einer einschränkenden Auslegung des § 934, 1. Alt. BGB: Der ursprünglich entstandene Herausgabeanspruch des Eigentümers verhindert einen gutgläubigen Erwerb	206

(bb) Zweiter Ansatz einer einschränkenden Auslegung des § 934, 1. Alt. BGB: Die Lehre vom Nebenbesitz	207
(cc) Dritter Ansatz einer einschränkenden Auslegung des § 934, 1. Alt. BGB: Nichtanwendung dieser Norm auf die entsprechenden Fallkonstellationen allein aufgrund des Wertungswiderspruchs	208
(c) Bewertung der drei Ansätze zu einer einschränkenden Auslegung des § 934, 1. Alt. BGB	209
(6) Die Entscheidung des BGH im „Fräsmaschinenfall“: Ausdrückliche Hinnahme des Wertungswiderspruchs zwischen § 934, 1. Alt. und § 933 BGB	212
(a) Argumentation des BGH	212
(b) Stellungnahme zur Argumentation des BGH.	214
(7) Zusammenfassung zu den Fallkonstellationen des „Fräsmaschinenfalls“	216
bb. „Zucker-Fälle“: RGZ 135, 75	217
(1) Sachverhalt und erste rechtliche Würdigung	217
(2) Auftreten eines Wertungswiderspruchs zwischen § 934, 2. Alt. BGB und § 933 BGB	219
(3) Lösungsansätze zur Vermeidung des Wertungswiderspruchs zwischen § 934, 2. Alt. BGB und § 933 BGB	220
(a) Besitzrechtliche Lösung.	220
(b) Einschränkende Auslegung des § 934, 2. Alt. BGB	221
c. Folgerungen	222

6. Kapitel: Der eigene Ansatz: Mittelbarer Besitz als objektives Zuordnungsverhältnis von Besitzfolgen 225

A. Das Erfordernis eines Rechtsverhältnisses im Sinne des § 868 BGB	225
I. Präzisierung aufgrund der bisherigen Erkenntnisse	225
II. Die Unmöglichkeit einer Neubegründung mittelbaren Besitzes bei schon bestehendem mittelbarem Besitz	227
1. Grundlagen der Einführung mittelbaren Besitzes	227
a. Hintergrund: Rechtsfolgenerstreckung, nicht tatsächliche Sachherrschaft des mittelbaren Besitzers	227

b. Anknüpfung des Besitzschutzes an die tatsächliche Sachherrschaft.	228
2. Die Neubegründung mittelbaren Besitzes im Hinblick auf die Eigenbesitzfolgen.	229
a. Das Bestreben, die Eigenbesitzfolgen Personen ohne eigene tatsächliche Sachherrschaft zuzuweisen	229
b. Das Bestreben, eine Verdopplung der Eigenbesitzfolgen zu vermeiden.	229
aa. Aberkennung der Eigenbesitzfolgen in der Person des Besitzmittlers.	230
bb. Keine doppelte Besitzfolgenzuweisung.	230
c. § 868 BGB als Zuweisungs- und Aberkennungsnorm bezüglich der Eigenbesitzfolgen	231
d. Die Abspaltung des mittelbaren Besitzes aus der Besitzposition des Inhabers von Sachherrschaft.	232
aa. Entstehung der Abspaltung bei Begründung mittelbaren Besitzes	232
bb. Beendigung der Abspaltung	233
(1) Aufgabe des Besitzes	234
(2) Beseitigung des Rechtsverhältnisses i. S. d. § 868 BGB	234
cc. Zwischenergebnis.	234
3. Die Neubegründung mittelbaren Besitzes im Hinblick auf den Besitzschutz	235
4. Ergebnis	236
5. Der Einwand der Gleichsetzung von mittelbarem Besitz und Besitzmittlungsverhältnis	238
III. Das Erfordernis der Wirksamkeit des Besitzmittlungsverhältnisses	239
1. Begründungen für die Abschwächung des Erfordernisses eines wirksamen Rechtsverhältnisses.	241
2. Kritik am „Wesens“- und Wortlautargument und Herleitung des eigenen Ansatzes	243
a. Untauglichkeit von „Wesens“- und Wortlautargument	243
b. Die Maßgeblichkeit der teleologischen Erwägungen	243
c. Berücksichtigung des als schutzwürdig anerkannten Interesses des mittelbaren Besitzers und des Erfordernisses eines konkreten Besitzmittlungsverhältnisses	244
aa. Das als schutzwürdig anerkannte Interesse des mittelbaren Besitzers bei wirksamem Besitzmittlungsverhältnis	244

bb. Schutzwürdiges Interesse eines mittelbaren Besitzers bei von Anfang an unwirksamem oder bei beendetem Besitzmittlungsverhältnis	246
cc. Sonderfall: Der mittelbare Besitzer hält ein wirk- sames Besitzmittlungsverhältnis für unwirksam	249
dd. Zusammenfassung	250
IV. Das Erfordernis eines Herausgabeanspruchs	251
B. Die Voraussetzungen eines Eigenbesitzes nach § 872 BGB.	252
I. Die herrschende Ansicht	252
II. Erfordernis der eindeutigen Zuweisung von Eigenbesitzfolgen.	253
III. Fremdbesitz als zwingende Folge der Besitzmittlung	254
C. Exkurs: Bedenken des BGH gegen die uneingeschränkte Maß- geblichkeit eines geänderten „Besitzmittlungswillens“ im Rahmen des § 166 Abs. 1 InsO.	255
Schluss	259
Literaturverzeichnis	267
Sachregister	277